

Ausgabe 5.2019

Magazin der FPÖ Steiermark

# Wien Steirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH

## SCHWARZ-GRÜN

### steht vor der Tür

Interview mit  
Hannes Amesbauer

Zahlreiche Aufgriffe illegaler  
Migranten in der Steiermark

Projekt Zentralspital  
Liezen gestoppt



DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



HERBERT KICKL  
GF. KLUBOBMANN



MARIO KUNASEK  
LANDESPARTEIOBMANN



DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI



## OKTOBERFEST HARTBERG

AUTOBAHNABFAHRT  
SONNTAG, 22. SEPTEMBER  
BEGINN: 10.00 UHR

*Eintritt frei!*



# Vorwort

## Liebe Leserinnen und Leser!

Die diesmalige Ausgabe des Magazins „Wir Steirer“ steht ganz im Zeichen der bevorstehenden Nationalrats- und Landtagswahlen. Im Rahmen unserer aktuellen Ausgabe werden wir über die Beweggründe zum vorzeitigen Wahltermin in der Steiermark aufklären und die brisanten bundespolitischen Entwicklungen im Vorfeld des Urnengangs am 29. September näher beleuchten.

Besonders wichtig ist es mir zu betonen, dass eine Erfolgskoalition, wie sie die türkis-blaue Bundesregierung zweifelsohne war, nur mit einer starken FPÖ fortgesetzt werden kann. Ansonsten drohen abenteuerliche politische Experimente wie beispielsweise eine schwarz-grüne Koalitionsvariante. Die Folgen wären unter anderem Belastungen für Pendler und Unternehmen, Willkommenspolitik und offene Grenzen. Wir Freiheitliche treten hingegen auch im Zuge der derzeit stattfindenden Wahlkämpfe für eine restriktive Zuwanderungspolitik, sichere Grenzen, steuerliche Entlastung der Leistungsträger sowie flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Österreicher ein.

Auf den folgenden Seiten können Sie sich ein Bild über die freiheitlichen Nationalratskandidaten und ihre politischen Schwerpunkte machen. Darüber hinaus können Sie auch nachlesen, weshalb die schwarz-rote Stillstands- und Streitkoalition in der Steiermark grandios gescheitert ist.

**Ihr Mario Kunasek,  
Landesparteiobmann und  
Klubobmann des Freiheitlichen  
Landtagsklubs**



## Inhalt

|                                                                                                                     |           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Interview mit NAbg. Hannes Amesbauer                                                                                | Seite 4-5 |
| Zahlreiche Aufgriffe illegaler Asylanten in der Steiermark                                                          | 6-7       |
| Das Zentralspital Liezen als Lehrbuchbeispiel, wie man ein Krankenhaus nicht planen sollte                          | 8-9       |
| Starke Stimmen aus der Steiermark: Die ersten 10 Kandidaten der steirischen Freiheitlichen für die Nationalratswahl | 10-11     |
| Politischer Weckruf: Schwarz-Grün: Schwarze Personal- und linke Gesellschaftspolitik!                               | 12        |
| Steirische Schulen werden zunehmend islamisiert                                                                     | 13        |
| Radikalislam stellt Dauerbedrohung für Österreich dar – auch die Steiermark ist bedroht                             | 14-15     |
| Kulturförderungsbericht 2018 zeigt ausuferndes Förderwesen auf                                                      | 16        |
| Drohender Pflegenotstand muss bekämpft werden                                                                       | 17        |
| Generelles Rauchverbot – das Ende der Wirtshauskultur                                                               | 18        |
| Kinderferienlager am Packer Stausee war wieder ein voller Erfolg!                                                   | 19        |



„Kein Tag vergeht im Wahlkampf, an dem nicht irgendwer neue Abgaben fordert, von Reichensteuer über Fleischsteuer bis zu CO2-Steuer oder Pflegeversicherung. Mit der FPÖ wird es keine solchen Belastungen geben.“  
(FPÖ-Chief Norbert Hofer spricht sich klar gegen Steuerbelastungspläne von SPÖ, ÖVP, Grünen und Neos aus.)

# Stillstand verhindern – handlungsfähige Regierung ermöglichen!

Im Rahmen der letzten Sonderlandtagssitzung Anfang September wurde die Auflösung des Steiermärkischen Landtags beschlossen. Damit fand die Stillstandskoalition aus ÖVP und SPÖ ihr unrühmliches Ende.

## Von der Zukunfts- zur Stillstandskoalition

Nach der Landtagswahl 2015 versprochen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und sein Stellvertreter Michael Schickhofer den bisherigen Weg tiefgreifender Reformen im Interesse der Zukunftstauglichkeit der Steiermark fortzusetzen.

Während in der vorangegangenen Periode zwar umstrittene, aber dennoch weitreichende strukturelle Veränderungen durch die Landesregierung in Angriff genommen wurden, beschränkte sich das rot-schwarze Reformprojekt der selbsternannten Zukunftspartner auf wenig Greifbares. Insgesamt kann die Koalition zwischen Schützenhöfer und Schickhofer keine nennenswerten Erfolge vorweisen. Vielmehr blicken die beiden Landesspitzen auf eine Vielzahl offener Baustellen. Angefangen vom roten Mindestsi-

cherungschaos über die von ÖVP und SPÖ versprochene, aber bis dato ausgebliebene Reform der Bau- und Raumordnung, dem erdrückenden Schuldenberg des Landes bis hin zum koalitionsären Dauer-Streitthema Leitspital Liezen spannt sich der Bogen der Konfliktfelder.

## FPÖ beantragt Auflösung des Landtages

Nachdem die schwarz-rote Landesregierung seit Monaten in Untätigkeit verharrt und notwendige Reformen auf der Strecke geblieben waren, sahen sich die Freiheitlichen nahezu gezwungen, dieser Stillstandskoalition einen Ausweg anzubieten. Im Rahmen der von der FPÖ initiierten Sonderlandtagssitzung zur Causa Zentralspital Liezen, welche Ende August stattfand, hat die FPÖ einen Antrag auf vorzeitige Auflösung des Landtags eingebracht. Die Sonder-sitzung hatte die Schwachstellen des



**TOP:** Schwarz-blaue Koalition in Graz investiert 30 Millionen Euro in den Klimaschutz.



**FLOP:** SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner fordert Erhöhung der Erbschaftssteuer bis zu 35 Prozent und damit eine neuerliche Belastung der Bürger.



von ÖVP und SPÖ forcierten Prestige-projekts zutage gefördert. Ohne die brennenden Fragen zur Finanzierung oder künftigen Versorgungsstruktur zu beantworten, hatte die Landesregierung weiterhin stur am Hochrisiko-projekt „Leitspital Liezen“ festgehalten. Die Debatte rund um das geplante Zentralkrankenhaus im Bezirk Liezen hatte gezeigt, dass Schwarz und Rot ihre großen Reformprojekte der Bevölkerung nicht mehr glaubhaft vermitteln konnten. Ohnehin war keinerlei Veränderungswille mehr spürbar, die beiden Regierungspartner verharren nur noch auf ihren festgefahrenen Positionen.

### Eingeständnis des schwarz-roten Scheiterns

SPÖ und ÖVP hatten bis zu diesem Zeitpunkt nicht den Mut aufgebracht, sich einzugestehen, dass diese Landesregierung keine zukunftsorientierte Politik mehr betreibt. Nach

dem erfolgten Neuwahlantrag durch die FPÖ hat jedoch zumindest ein Teil der Landesregierung – nämlich ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer – erkannt, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Dies ist als Eingeständnis einer nur mehr bedingt handlungsfähigen Landesregierung zu werten.

### Neustart für die Steiermark!

Die einzige Möglichkeit, einen Dauerwahlkampf bis Mai 2020 und weitere neun Monate schwarz-roter Blockadepolitik auf Kosten der Steirer zu verhindern, sahen die Freiheitlichen letztlich in der Abhaltung rascher Neuwahlen. Die Steiermark verdient eine mutige Landesregierung, die wichtige Reformen im Sinne der heimischen Bevölkerung nicht nur ankündigt, sondern auch tatsächlich umsetzt. Der vorgezogene Wahltermin im November ermöglicht einen notwendigen Neustart für die Grüne Mark.

## Wahlkampf aktuell

Der Intensivwahlkampf neigt sich dem Ende zu. Das Oktoberfest mit Herbert Kickl am 22. September in Hartberg stellt den Auftakt für die letzte Wahlkampfwoche dar. Die freiheitlichen Spitzenkandidaten Norbert Hofer und Herbert Kickl waren in den letzten Wochen bei zahlreichen TV-Duellen und Podiumsdiskussionen quer durch das ganze Land unterwegs.

Daneben suchten die freiheitlichen Mandatäre vor allem das persönliche Gespräch mit den Bürgern. Die Aktivitäten werden insbesondere in den letzten Tagen vor dem Urnengang intensiviert. Bis zur offiziellen Schlusskundgebung am Viktor-Adler-Markt in Wien am 27. September werden noch hunderte Wahlkampfstände, Lokaltouren und tausende gefahrene Kilometer das Alltagsleben aller zur Wahl stehenden Funktionäre prägen.



Norbert Hofer  
**Fair. Sozial. Heimattreu.**  
Koalition für unsere Heimat fortsetzen.  
 DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



Herbert Kickl  
**Mit Sicherheit für Österreich**  
Koalition für unsere Heimat fortsetzen.  
 DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Nur ein klares Votum für Norbert Hofer und sein Team kann sicherstellen, dass nach dem 29. September kein Weg an der FPÖ vorbeiführt – getreu dem plakatierten Motto: „Koalition für unsere Heimat fortsetzen!“



Interview mit: **NAbg. Hannes Amesbauer, BA**

# „Einzig die FPÖ steht für eine res

**B**ereits 2017 stand der obersteirische FPÖ-Mandatar Hannes Amesbauer an der Spitze der freiheitlichen Landesliste für die Nationalratswahlen.

Auch am 29. September steht der 38-Jährige ganz oben am Wahlvorschlag der FPÖ Steiermark. In den beinahe zwei Jahren im Nationalrat machte sich Amesbauer einen Namen als Abgeordneter, der Fehlentwicklungen in den Bereichen Zuwanderung, Asyl und Bildung immer unverblümt aufs politische Tapet bringt.

Darüber hinaus setzt sich der gelernte Steinmetz, der im zweiten Bildungsweg ein Politikwissenschaftsstudium absolvierte, für eine positive und rasche Weiterentwicklung der Infrastruktur in der Grünen Mark ein.

Im Interview mit „Wir Steirer“ spricht er über die türkis-blaue Koalition, die Zuwanderungspolitik und seine Anliegen für die Steiermark.



**Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter, wie bewerten Sie die Regierungsarbeit der ehemaligen türkis-blauen Koalition?**

**Amesbauer:** In den 18 Monaten ist sehr viel Positives geschehen: Der Familienbonus, die Etablierung der Mindestpension, die Initiierung des Papamonats, die Festlegung eines verantwortungsvollen Budgetkurses, die Senkung der Arbeitslosenversicherung für kleine Einkommen, die Sozialversicherungsreform sowie die Etablierung einer restriktiven Asyl- und Zuwanderungspolitik. Zudem wurden in dieser Zeit konsequente Grenzkontrollen durchgeführt und harte Maßnahmen gegen den politischen Islam gesetzt.

*Diese türkis-blaue Bundesregierung hat in ihrer doch kurzen Amtszeit mehr zuwege gebracht als die rot-schwarzen Regierungen in einem ganzen Jahrzehnt.*

**Wir Steirer: Würden Sie die Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP gerne fortsetzen?**

**Amesbauer:** Diese Regierungskonstellation genoss hohe Beliebtheitswerte innerhalb der Bevölkerung. Aus meiner Sicht wäre es das Beste für Österreich, wenn man den türkis-blauen Reformweg fortführt. Zudem drohen ansonsten politisch gemeingefährliche Experimente, wie beispielsweise eine schwarz-grüne Zusammenarbeit.

**„Aus meiner Sicht wäre es das Beste für Österreich, wenn man den türkis-blauen Reformweg fortführt.“**

Natürlich braucht es aber viele Gespräche. Immerhin hat Ex-Bundeskanzler Kurz gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen nicht nur völlig ohne Not unseren Innenminister Herbert Kickl entlassen, sondern auch unnötigerweise diese nun stattfindenden Neuwahlen am 29. September vom Zaun gebrochen.

**„Die türkis-blaue Bundesregierung hat in ihrer Amtszeit mehr zuwege gebracht als die rot-schwarzen Regierungen in einem ganzen Jahrzehnt.“**

**Wir Steirer: Die Bundesregierung hatte noch viel vor. Wo liegen Ihres Erachtens die wichtigsten Themenfelder für die Zukunft?**

**Amesbauer:** Zweifelsohne ist die Fortführung der Steuerreform von enormer

Bedeutung. Es geht uns darum, die Leistungsträger in diesem Land weiter zu entlasten. Den arbeitenden Menschen in diesem Land muss mehr Netto vom Brutto bleiben. Sollte die SPÖ erstarken ist hingegen zu befürchten, dass neue Belastungen wie die unsägliche Erbschaftsteuer auf die Bevölkerung zukommen.

**„Den arbeitenden Menschen in diesem Land muss mehr Netto vom Brutto bleiben.“**

Neben dem zentralen Thema der Sicherheits- und Migrationspolitik muss der Fokus auch auf den wichtigen Gesundheits-

# „restriktive Zuwanderungspolitik“



bereich gelegt und ein zukunftsorientiertes Bildungswesen verfolgt werden. Speziell im schulischen Bereich muss den oftmals kulturell bedingten Konflikten effektiv begegnet werden. Bei Gewalttaten unter Schülern darf es kein Wegsehen geben.

**Wir Steirer: Als waschechter Steirer liegt Ihnen die Grüne Mark ja bekanntlich besonders am Herzen. Welche konkreten Pläne für die Steiermark haben Sie noch im Sinn?**

**Amesbauer:** In erster Linie muss die Steiermark mit ihrer Südgrenze und das damit einhergehende Einfallstor aus dem Jahr 2015 dauerhaft verschlossen bleiben. Unser ehemaliger Verteidigungsminister Mario Kunasek und Ex-Innenminister Herbert Kickl haben hier bereits sehr viel geleistet – Stichwort Grenzschutzgruppe Puma. Eine weitere große Herausforderung ist aber die Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Gerade in den entlegeneren Regionen der Obersteiermark gilt es, die Infrastruktur auszubauen, beispielsweise das Glasfaser- und das 5G-Netz, um Betriebsansiedlungen und dadurch auch eine Arbeitsplatzsicherung möglich zu machen.

**Wir Steirer: Thema Radikalismus: Die steirische Landeshauptstadt genießt in diesem Punkt traurige Berühmtheit. Gilt es hier noch Maßnahmen zu ergreifen?**

**Amesbauer:** Ganz klar: ja. Die Bundesregierung hat mit dem Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen ein klares Zeichen gesetzt. Das Kopftuch als Ausdruck des politischen Islam sowie Mittel zur Unterdrückung der Frauen darf bei uns keinen Platz haben. Demnach ist auch eine Ausdehnung des Kopftuchverbotes

für Mädchen bis zum 14. Lebensjahr sowie für Pädagoginnen unbedingt erforderlich.

Weiters hat unser ehemaliger Innenminister Herbert Kickl klar-

gestellt, dass islamistische Fundamentalisten in Österreich nichts verloren haben. Das beste Beispiel für die massive Bedrohung, die vom Radikalismus ausgeht, sind die großen Verhaftungswellen in Graz und anderen Großstädten. Eine Verschärfung, gerade im Strafrecht, ist hier längst überfällig. Generell bedarf es einer restriktiveren Zuwanderungspolitik, wie sie Herbert Kickl als Innenminister forcierte.

**„Es bedarf einer restriktiveren Zuwanderungspolitik, wie sie Herbert Kickl als Innenminister forcierte.“**

**Wir Steirer: Noch eine abschließende Frage: Wie werden Sie die letzten Tage des Wahlkampfes anlegen?**

**Amesbauer:** Ich bin bereits seit Wochen unterwegs und habe zahlreiche Bürgerkontakte im Rahmen von gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen geknüpft. Am Sonntag, also eine Woche vor der Nationalratswahl, lädt die FPÖ Steiermark noch zum Frühschoppen am Hartberger Oktoberfest, das ich besuchen werde. Dort werde ich gemeinsam mit Mario Kunasek und Herbert Kickl nochmals auf die zentralen freiheitlichen Positionen hinweisen.

In der Woche vor der Wahl sind noch einige Verteilaktionen im Bezirk geplant, an denen ich gerne teilnehmen und die Bevölkerung davon überzeugen werde, ihr Kreuz bei der FPÖ zu setzen.

**Wir Steirer: Vielen Dank für das Gespräch!**



## Steckbrief

|                      |                                                                                                                    |
|----------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Name:                | Hannes Amesbauer, BA                                                                                               |
| Alter:               | 38                                                                                                                 |
| Beruf:               | Vertragsbediensteter                                                                                               |
| Politische Funktion: | Bezirksparteiobmann der FPÖ Bruck-Mürzzuschlag, Vizebürgermeister in Neuberg an der Mürz, Nationalratsabgeordneter |
| Freizeitaktivitäten: | Jagen, Freiwillige Feuerwehr                                                                                       |
| Familienstand:       | in einer Lebensgemeinschaft, eine Tochter                                                                          |

# Die Anzahl der Aufgriffe illegaler Asylanten in der Steiermark ist wieder im Steigen begriffen



**Seit die FPÖ nicht mehr Teil der Bundesregierung ist, schnellte die Zahl illegal eingewanderter und aufgegriffener Asylanten in die Höhe – alleine bis Juni 2019 gab es fast 700 Aufgriffe.**

Just nach der Sprengung der türkisch-blauen Koalition durch Altkanzler Kurz und dem Ausscheiden der FPÖ aus der Bundesregierung und vor allem aus dem Verteidigungs- und Innenministerium war ein Hochschnellen der Zahlen illegal eingewanderter Asylanten zu verzeichnen. Viel schockierender als die ohnehin alarmierende Tatsache, dass ein derartiger Anstieg an illegal Zugewanderten zu registrieren ist, ist allerdings die Tatsache, dass diese Aufgriffe im Verborgenen blieben. Erst eine Anfrage des freiheitlichen Nationalratsabgeordneten und steirischen FPÖ-Spitzenkandidaten



Hannes Amesbauer an den vermeintlich unabhängigen Innenminister Wolfgang Peschorn brachte Licht ins Dunkel. Alleine im Juni 2019 wurden fast 200 illegale Asylanten aufgegriffen. Von Jänner bis Juni waren es insgesamt annähernd 700 Verhaftungen.

Die FPÖ war 2017 in die Bundesregierung eingetreten, um mit dem überkommenen rot-schwarzen Asylsystem, das eine undifferenzierte Masseneinwanderung nicht nur duldete, sondern sogar forcierte, aufzuräumen.

Tag für Tag, Monat für Monat arbeitete der ehemalige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl die rot-schwarzen Sünden der Vergangenheit ab und sorgte, ganz im Sinne der Österreicher, für Ordnung im Asylchaos, das 2015 über unser Land hereingebrochen war.

Es war absehbar, dass mit dem Ausscheiden der FPÖ aus der Bundesregierung diese konsequente Sicherheits- und Asylpolitik nicht aufrechterhalten werden würde, doch mit welcher Konsequenz man vom ersten Tag an die Errungenschaften gegen illegale Mi-



## Interview mit Landespartei- und Klubobmann LAbg. Mario Kunasek



**Wir Steirer:** Sehr geehrter Herr Landesparteiobmann, sind die zunehmenden Aufgriffe illegaler Migranten Vorzeichen einer neuen Asylantenwelle?

**Mario Kunasek:** Das stellt zweifelsohne eine besorgniserregende Entwicklung im Bereich der Migrationsbewegungen dar. Besonders befremdlich für die steirischen Freiheitlichen ist jedoch der Umstand, dass die Bürger seitens der offiziellen Stellen des Innenministeriums über die zunehmenden Aufgriffe nicht informiert wurden. Offenbar dürfte hier unmittelbar nach der Amtszeit von Innenminister Herbert Kickl eine neue Kommunikationsrichtlinie ausgegeben worden sein.

**Wir Steirer:** In Zusammenarbeit mit dem steirischen FPÖ-Spitzenkandidaten Hannes Amesbauer sorgte die FPÖ jedoch für Aufklärung.

**Mario Kunasek:** Übergangsminister Wolfgang Peschorn musste uns im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage Rede und Antwort stehen. Die Zahlen sprechen für sich, alleine bis Juni 2019 gab es steiermarkweit fast 700 Aufgriffe. Befremdlich ist, dass Peschorn nur anlassbezogen über aktuelle Vorfälle berichten will. Damit wiegt er im Auftrag der ÖVP die Bevölkerung in trügerischer Sicherheit.

**Wir Steirer:** Obwohl die schwarz-rote Landesregierung im Asylchaosjahr 2015

kläglich versagt hat, scheint auch aktuell nicht einmal der Ansatz eines Problembewusstseins vorhanden zu sein?

**Mario Kunasek:** Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und die für Asyl zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampusz ließen die steirische Bevölkerung bis zuletzt im Dunkeln. Die Bürger haben ein Recht darauf, über gesellschaftspolitisch wichtige Entwicklungen transparent und umfassend informiert zu werden. Es kann nicht sein, dass hunderte Menschen über die Grenzen strömen, ohne dass die Bürger über diese überaus heiklen Grenzübertritte in Kenntnis gesetzt werden.

**Wir Steirer:** Wie fassen Sie Ihre Forderungen zusammen?

**Mario Kunasek:** Eines gilt es jedenfalls festzuhalten, wir Freiheitliche werden alles unternehmen, damit sich eine Willkommenspolitik wie unter den ehemaligen SPÖ-ÖVP-Bundesregierungen keinesfalls wiederholt. Wir fordern die umgehende, umfassende und dauerhafte Sicherung unserer Grenzen sowie die Information der Öffentlichkeit. Auch 2015 versuchte man angesichts bevorstehender Wahlen die Wähler zu täuschen. Das fatale Ergebnis haben wir alle noch in schrecklicher Erinnerung: Fast 12.000 Asylanten waren alleine in der Steiermark am Höhepunkt des Asylchaos zu versorgen!

**Wir Steirer:** Vielen Dank für das Gespräch!

gration rückgängig machte, schockierte selbst langjährige Politbeobachter. Während die Zahl der Asylwerber in der Europäischen Union wieder steigt und steigt, findet in Österreich eine Schubumkehr in Sachen Asylpolitik statt.

Die Aufhebung der 1,50-Euro-Verordnung für gemeinnützige Arbeit, die Rücknahme des Medienerlasses hinsichtlich der Herkunftsnennung von Tatverdächtigen, die Abschaffung der Ausreisezentren und jetzt auch noch ein möglicher Maulkorberlass betreffend Aufgriffe illegal eingereister Asylwerber: Österreich stehen offenbar schwere Zeiten bevor.

Die FPÖ wird jedenfalls auf allen politischen Ebenen dafür kämpfen, einen Rückfall in die unseligen Monate des rot-schwarzen Asylchaos zu verhindern.

Bild: Fisman64-Shutterstock.com

# Das Zentralspital Liezen als wie man ein Krankenhaus nicht

ÖVP und SPÖ beabsichtigen bekanntlich eine komplette Neuordnung der steirischen Spitalslandschaft. Geht es nach den Plänen des schwarzen Gesundheitslandrats Christopher Drexler sollen im Zuge des Vorhabens die drei im Bezirk Liezen bestehenden Krankenhausstandorte in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming geschlossen und durch ein Zentralspital in Stainach-Pürgg ersetzt werden. Die Landesregierung rechtfertigte das Projekt vor allem mit dem rasanten medizinischen Fortschritt (dieser würde es kleineren Krankenanstalten nicht mehr ermöglichen, Spitzenmedizin anzubieten), attraktiveren Arbeitsbedingungen für junge Ärzte am neuen Standort sowie mit einer Qualitätssteigerung für die Patienten infolge höherer Fallzahlen.

Zweifelsohne haben all diese Argumente durchaus ihre Berechtigung. Schließlich herrscht aufgrund der jahrzehntelangen Nachlässigkeit seitens rot-schwarzer und schwarz-roter Bundes- und Landesregierungen mittlerweile tatsächlich ein gravierender Ärztemangel, insbesondere in peripheren Regionen, vor. Darüber hinaus wird es infolge ständig aufkommender Schließungsgerüchte für Krankenanstalten außerhalb der Ballungszentren immer schwieriger, junge Mediziner und Pflegekräfte langfristig an sich zu binden. Hinzu kommt an diversen Standorten das Schließen von ganzen Abteilungen, wie etwa die Chirurgie in Mürzschlag oder die interne Abteilung auf der Stolzalpe, wodurch das Leistungsangebot sukzessive heruntergefahren wird. All dies

**„Aufgrund der jahrzehntelangen Nachlässigkeit seitens rot-schwarzer und schwarz-roter Bundes- und Landesregierungen herrscht ein gravierender Ärztemangel.“**

**„Es ist durchaus abstrus, dass jene Parteien, die diese Entwicklung durch ihre Politik teils selbst verursacht, teils zumindest zugelassen haben, nun nach einer Zentralisierung der steirischen Krankenhausstrukturen schreien.“**

jene politischen Kräfte, die diese Entwicklung teils selbst verursacht, teils zumindest zugelassen haben, nun nach einer Zentralisierung der steirischen Krankenhausstrukturen schreien. Noch absurder wird es allerdings, wenn man sich die Situation im Bezirk Liezen vor Augen führt. Anstatt die naheliegende Variante zu wählen und eines der drei bestehenden Spitäler zu einem Leitspital

führt zu einer Abwärtsspirale, an deren Ende klarerweise niedrigere Fallzahlen, Mitarbeitermangel und Qualitätsverlust stehen.

Es ist durchaus abstrus, dass

aufzuwerten und an den übrigen Standorten Grundversorgungsleistungen mit entsprechenden Spezialisierungen anzubieten, plant man um rund 250 Millionen Euro ein gänzlich neues Krankenhaus zu bauen.

Dies geschieht ungeachtet der Tatsache, dass die Krankenhäuser in Schladming (Eröffnung im Jahr 2006) und in Bad Aussee (Eröffnung im Jahr 2013) praktisch nagelneu sind, ungeachtet des Umstandes, dass die Nachnutzungskonzepte für die derzeitigen Standorte alles andere als ausgegoren sind und ungeachtet der Begebenheit, dass das für das Zentralspital in Stainach-Pürgg vorgesehene Grundstück aufgrund der dortigen



# Lehrbuchbeispiel, richtig planen sollte



Foto Luftaufnahme: ©BIS5 - Bürgerinitiative Standorterhaltung Spitäler

Bodenbeschaffenheit wohl gänzlich ungeeignet ist. Niemand wird bestreiten, dass es im Bereich der heimischen Gesundheitsversorgung tiefergehender Reformen bedarf. Allerdings müssen diese auch tatsächlich Verbesserungen für die Bevölkerung mit sich bringen und nicht bloß der Erfüllung politischer

**„Niemand wird bestreiten, dass es im Bereich der heimischen Gesundheitsversorgung tiefergehender Reformen bedarf.“**

Prestigevorhaben dienen. Zumindest der SPÖ scheint dies – wohl nicht zuletzt aufgrund der im November anstehenden Landtagswahlen – bewusst geworden zu sein.

So legten die roten Abgeordneten in der Sonderlandtagssitzung am 5. September eine massive Schubumkehr ein, indem sie zusammen mit der FPÖ und den Grünen nun doch den Stopp des Projekts Zentralspital Liezen beschlossen. Der SPÖ-Schwenk in der Causa Zentralspital war zweifelsohne begrüßenswert. Allerdings wird sich noch weisen müssen, ob es sich dabei um einen ernst gemeinten Sinneswandel oder doch nur um leeres Wahlkampfgetöse handelt.

## Kommentar LAbg. Albert Royer (FPÖ-Bezirksparteiobmann Liezen)



Die ÖVP und insbesondere der schwarze Gesundheitslandesrat Christopher Drexler werden nicht müde, für ihre Spitalschließungspläne im Bezirk Liezen Stimmung zu machen. Die Regierungspartei ignoriert damit nicht nur den expliziten Willen der Liezener Bevölkerung, sondern sämtlichen gesundheits- und finanzpolitischen Sachverstand. So wäre es aus versorgungstechnischer Sicht wohl weit sinnvoller, eines der drei bestehenden Krankenhäuser zu einem echten Leitspital aufzuwerten. An den beiden anderen Standorten sollten hingegen gewisse Grundversorgungsleistungen für die Bevölkerung angeboten werden. Zusätzlich könnte durch entsprechende Spezialisierungen auch Spitzenmedizin angeboten werden.

Doch anstatt diese Möglichkeit auch nur in Betracht zu ziehen, hält die ÖVP stur an ihrem Prestigevorhaben fest. Dies auch ungeachtet der Tatsache, dass sich die stets kolportierten Errichtungskosten in Höhe von 250 Millionen Euro angesichts der am ausgewählten Grundstück in Stainach-Pürgg vorzufindenden Bodenverhältnisse laut Experten verdoppeln könnten. Damit würde das Vorhaben rund eine halbe Milliarde Euro an Steuergeld verschlingen – und das für einen Neubau, der von der Mehrheit der Bevölkerung klar abgelehnt wird.

Bis vor Kurzem wurde die schwarze Zentralisierungspolitik auch zu hundert Prozent von der SPÖ mitgetragen. Dank dem überfälligen Scheitern der schwarz-roten Landesregierung haben die Sozialisten scheinbar doch noch eine eigene Meinung in der Thematik gefunden und sich den unablässigen Forderungen der FPÖ angeschlossen. Dieser Schwenk ist prinzipiell natürlich positiv zu bewerten. Es wird sich allerdings noch weisen müssen, inwiefern das aktuelle „NEIN“ der SPÖ zum Zentralisierungsprojekt auch für die Zeit nach der Wahl gilt. Immerhin sind die Sozialisten in Sachen Gesundheitspolitik unberechenbare Kantonisten, wie Krankenhausbau- und Spitalschließungspläne der letzten roten Gesundheitslandesräte unter Beweis stellten.



# Starke Stimmen aus der Steiermark!

Die ersten 10 Kandidaten  
der steirischen  
Freiheitlichen für die  
Nationalratswahl  
stellen sich vor.



**Hannes Amesbauer, BA**

Der Listenerste Hannes Amesbauer war ab 2010 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag, bevor er im November 2017 in den Nationalrat wechselte. Er ist Vizebürgermeister der Marktgemeinde Neuberg an der Mürz und Bezirksparteiobmann der FPÖ Bruck-Mürzzuschlag sowie Landesparteiobmann-Stellvertreter.



**Andrea-Michaela Schartel**

Die Personalverrechnerin aus Graz Andrea-Michaela Schartel war ab 2014 Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag bevor sie im Jänner 2018 in den Nationalrat wechselte. Sie ist Landesobfrau der „initiative Freiheitliche Frauen“ (IFF) Steiermark.



**Wolfgang Zanger**

Wolfgang Zanger ist Bezirksparteiobmann der FPÖ Murtal und bereits seit 2006 Nationalratsabgeordneter, wo er insbesondere im Rechnungshofausschuss tätig ist.



**MMMag. Dr. Axel Kassegger**

Der Unternehmer und Hochschullehrer aus Graz Axel Kassegger ist seit 2013 Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat, wo er als Obmann des Wissenschaftsausschusses und unter anderem als Wirtschaftssprecher fungiert.



**Walter Rauch**

Der Landesparteiobmann-Stellvertreter sowie Bezirksparteiobmann der FPÖ Südoststeiermark Walter Rauch ist Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Bad Gleichenberg und seit 2013 Abgeordneter zum Nationalrat, wo er als Umweltsprecher fungiert.



**Markus Leinfellner**

Markus Leinfellner ist Bezirksparteiobmann der FPÖ Voitsberg, Landesparteiobmann-Stellvertreter und Stadtrat der Stadtgemeinde Voitsberg.



**Mag. Günther Kumpitsch**

Polizeijurist Günther Kumpitsch ist Vizebürgermeister der Marktgemeinde Hitzendorf und Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Graz-Umgebung sowie seit Juni 2015 Nationalratsabgeordneter.



**Dipl.Ing. Christian Schandor**

Der Fürstenfelder Gemeinderat und Bezirksparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ Hartberg-Fürstenfeld Christian Schandor ist HTL-Lehrer und seit November 2017 Abgeordneter im Nationalrat.



**Mag. Gudrun Moitzi**

Die Landwirtin Gudrun Moitzi ist Bezirksparteiobfrau der FPÖ Murau und Stadträtin der Stadtgemeinde Oberwölz.



**Mag. Astrid Schleicher**

Die Stadtparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ Graz Astrid Schleicher ist im Grazer Gemeinderat derzeit Sprecherin für Umwelt und Gesundheit, Tier- und Naturschutz, Familie sowie Kindergärten.



## POLITISCHER WECKRUF

# Schwarz-Grün: Schwarze Personal- und linke Gesellschaftspolitik!



In den westlichen Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg sind schwarz-grüne Landesregierungen seit Jahren Realität. Eine solche Koalition könnte Österreich nach der Nationalratswahl auch auf Bundesebene blühen. Aktuell hat die ÖVP das Thema Klimaschutz für sich entdeckt und nähert sich in anderen gesellschaftspolitischen Fragen den Grünen an. Dies zeigen die zuletzt erhobenen Forderungen nach einer CO<sub>2</sub>-Steuer für Autofahrer und eines Bleiberechts für Asylwerber in Lehre trotz negativen Asylbescheids. Erstere würde die Pendler massiv belasten, zweitens dem Asylmissbrauch Tür und Tor öffnen.

Doch um politische Inhalte geht es den türkis-schwarzen Message-Control-Wächtern nur bedingt. Inhalte sind rasch ausgetauscht solange man eine passende Erzählung (Stichwort Storytelling) zur Hand hat. Handlungsleitender ÖVP-Grundsatz ist vielmehr der kontinuierliche Ausbau des eigenen Einflusses in allen Macht- und Schaltstellen der Republik. Dabei lässt die ehemalige Kanzlerpartei nichts unversucht, die wichtigen Schlüsselpositionen in Verwaltung, Wirtschaft, Justiz und staatsnahen Gesellschaften zu besetzen. Wer eine schwarze Regierungsbeteiligung innerhalb einer Koalition unterstützt, ist unerheblich.

Bei der Auswahl ihrer Partner ist die ÖVP ideologisch flexibel. Sie koalierte schon mit fast allen Parteien: FPÖ, SPÖ, GRÜNEN, BZÖ, NEOS, Team Stronach und diverse Namenslisten. Gerade in den letzten Jahren scheint sie eine Vorliebe für kleinere Parteien gefunden zu haben. Schließlich ermöglichen diese der ÖVP viel mehr Möglichkeiten zur machtpolitischen Entfaltung als ein Partner auf Augenhöhe. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Tiroler Volkspartei mit 44 Prozent eine Koalition mit der 10,7-Prozent-Truppe der Grünen, die lediglich die viertstärkste Kraft im Landtag ist, einging.

Seit über 32 Jahren gehört die ÖVP durchgehend der Bundesregierung an und konnte sukzessive ein Netzwerk von Abhängigkeiten und Förderern aufbauen. Gänzlich anders sieht es bei der linken Refugees-Welcome-Partei rund um Mittelfinger-Zeigerin Sigrid Maurer aus. Die Grünen sind derzeit nicht einmal im Parlament vertreten. Der zeitgleiche Einzug ins Hohe Haus und in eine Bundesregierung würde die linke Chaotentruppe personell, strukturell, organisatorisch und inhaltlich völlig überfordern.

Das wissen die schwarzen Parteistrategen. Sie sehen in den Grünen eine leichte Beute, die in wenigen Jahren an sich selbst scheitern wird.

Bis zu diesem Zeitpunkt hätten sie Zeit, eine Multi-Kulti-Politik der offenen Grenzen und unkontrollierten Zuwanderung zu forcieren und linkslinke Gesellschaftspolitik auf Kosten Österreichs zu betreiben. Angefangen von der Einführung eines Ausländerwahlrechts, neuen CO<sub>2</sub>-Steuern und der verpflichtenden Zwangstagsschule über die Erhöhung des Dieselpreises, die Auszahlung überhöhter Mindestsicherung für Asylanten, die Abschaffung des traditionellen Familienbildes, die Abschaffung des Grenzschutzes bis hin zu ideologisch motivierten Schikanen gegen Autofahrer spannt sich der Bogen an Forderungen aus der grünen Giftküche.

Es gilt, ein solches Experiment im Sinne der österreichischen Souveränität und des heimischen Steuerzahlers zu verhindern.

# Steirische Schulen werden zunehmend islamisiert

**D**ass der Islam auch vor den heimischen Schulen nicht Halt macht, ist eine unbestreitbare Tatsache. Für immer mehr Kinder in steirischen Bildungseinrichtungen ist Deutsch nicht die Muttersprache, sondern eine Zweit- bzw. Fremdsprache. Der Anteil von Schülern muslimischen Glaubens ist im Steigen begriffen und immer häufiger steht islamischer Religionsunterricht am Stundenplan.

## Ein Drittel aller Grazer Schüler ist islamischen Glaubens

Steiermarkweit ist der Anteil muslimischer Schüler im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Die Anzahl der Schüler mit römisch-katholischem oder evangelischem Religionsbekenntnis ist hingegen gesunken. In Graz zeichnet sich ein besonders prekäres Bild: Von insgesamt 14.095 Volksschülern nehmen im Schuljahr 2018/19 lediglich 6.591 Kinder und damit weniger als die Hälfte am römisch-katholischen Religionsunterricht teil. In der Landeshauptstadt sind bereits rund 30 Prozent aller Volksschüler, die Religionsunterricht besuchen, Muslime. Betrachtet man Grazer Volksschulen und Neue Mittelschulen zusammen, sind mehr als ein Drittel aller Schüler islamischen Glaubens – Tendenz steigend.

## Islamischer Religionsunterricht immer öfter am Stundenplan

Im Schuljahr 2018/19 wurde an 170 Schulen islamischer Religionsunterricht angeboten, vor fünf Jahren waren es noch 92 Schulen. Während im Schuljahr 2013/14 steiermarkweit insgesamt 23 islamische Religionslehrer unterrichteten, waren es im letzten Schuljahr bereits 49. Insgesamt entstanden



durch die Abhaltung des Islamunterrichts Kosten von rund 2,1 Millionen Euro jährlich. Nachdem es in der jüngsten Vergangenheit immer wieder zu Zwischenfällen mit islamischen Religionslehrern kam und bekannt wurde, dass diese Kinder und Jugendliche oftmals bewusst ideologisch beeinflussten, ist es aus freiheitlicher Sicht umso befremdlicher, dass die Kontrollen des islamischen Religionsunterrichts zuletzt zurückgingen. Angesichts der potenziellen Gefahr, die von muslimischen Hasspredigern in Schulen ausgeht, fordert die FPÖ bereits seit Jahren verstärkte Kontrollen des Islamunterrichts.

## Heimische Wertevermittlung gefährdet – Trendumkehr dringend erforderlich!

Die vorliegenden Zahlen sind sinnbildlich für die verfehlte Migrationspolitik von Rot und Schwarz in den vergangenen Jahren. Die Zunahme des Islamunterrichts und insge-

samt der Anstieg an muslimischen Schülern ist der beste Beweis für die voranschreitende Islamisierung in steirischen Schulen. Immer mehr Lehrer kritisieren die erschreckenden Entwicklungen in heimischen Schulen und Islamforscher warnen vor fundamentalistischem Gedankengut im Religionsunterricht.

Die Hinweise auf den in den letzten Jahren stattgefundenen religiösen Wandel und die Überhandnahme des Islams sind – selbst in heimischen Bildungseinrichtungen – längst nicht mehr zu übersehen. Es gilt, auf politischer Ebene umgehend eine Trendumkehr sicherzustellen, da sonst eine schrittweise Unterwanderung unseres Wertesystems droht. Sollte es nicht gelingen, der voranschreitenden Islamisierung entgegenzuwirken, werden wir in Zukunft mit massiven Parallel- und Gegengesellschaften konfrontiert sein.

Hier bedarf es jedenfalls wieder einer restriktiveren Zuwanderungspolitik, wie sie zuletzt der blaue Innenminister Herbert Kickl erfolgreich forcierte.



# Radikalislam stellt Dauerbedrohung für Österreich dar

## Auch die Steiermark ist von zunehmender Islamisierung bedroht

### Verfassungsschutzbericht 2018 offenbart erhebliches Gefahrenpotenzial

Der islamistische Extremismus stellt nach wie vor eine große Gefahr für Österreich dar. Dies ging aus dem Verfassungsschutzbericht 2018 hervor, der im August präsentiert wurde. Insbesondere sogenannte „Foreign Terrorist Fighters“, die sich aktiv am Jihad in Syrien und dem Irak beteiligten und nach Österreich zurückkehrten (2018 ging man von insgesamt 93 „Rückkehrern“ aus), stellen ein massives Gefahrenpotenzial dar.

Aber auch von radikalisierten Kleinstgruppen oder Einzeltätern geht ein beträchtliches Bedrohungspotenzial in Form von Anschlägen mit Hieb-, Stich- oder Schusswaffen sowie Kraftfahrzeugen aus. Weitere sicherheitspolitische Herausforderungen bestehen angesichts der aktuellen territorialen Auflösung des sogenannten „Islamischen Staates“ in der möglichen Schleusung von Jihadisten im Zuge der Migrationsbewegungen nach Europa und in der Reintegration von Frauen und Kindern aus jihadistischen Kriegsgebieten, deren Rückkehr die FPÖ ohnehin ablehnt.

### Radikalislam stellt massive Bedrohung für die Steiermark dar

Die Beantwortung einer unlängst von NAbg. Hannes Amesbauer im Parlament eingebrachten Anfrage durch Innenminister Wolfgang Peschorn bestätigt die bedrohlichen Auswüchse. So geht das Ministerium derzeit von 47 Personen allein in der Steiermark aus, die einen verfassungsgefährdenden Angriff vornehmen könnten.

Zudem sind dem Innenministerium aktuell zehn Jihad-Rückkehrer in der Grünen Mark bekannt, wovon sich sechs in Haft befinden.



Die übrigen vier sind laut Anfragebeantwortung auf freiem Fuß, was angesichts der Tatsache, dass diese eine massive Gefahr für die Bevölkerung darstellen, absolut fahrlässig ist. Diese Islamisten verkehren nicht nur in den insgesamt 24 in der Steiermark angesiedelten Moscheevereinen, sondern treiben im ganzen Land ihr Unwesen. Extremisten mit radikal-islamischem Hintergrund dürfen nicht länger die öffentliche Sicherheit gefährden, weswegen die FPÖ ein härteres Vorgehen gegen sogenannte „Gefährder“

fordert.

### Jihadisten-Verhaftung in Graz verdeutlicht allgegenwärtige Gefahr

Dass der politische und radikale Islam eine Dauerbedrohung für die öffentliche Sicherheit darstellt, wurde erst kürzlich durch die Verhaftung von zehn Jihadisten in Graz in Erinnerung gerufen. Wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung, Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation und staatsfeindlicher Verbindung wurden insge-



samt 13 Mitglieder einer IS-Terrorzelle von der Staatsanwaltschaft Graz angeklagt und folglich verhaftet. Neun davon wurden schon im Jänner 2017 bei einer Großrazzia in Grazer und Wiener Moscheen verhaftet, kurz darauf allerdings mangels rechtlicher Grundlage wieder freigelassen. Die Tatsache, dass diese islamischen Extremisten demnach weiterhin ihr Unwesen in der Steiermark treiben können und damit die heimische Bevölkerung gefährden, ist absolut fahrlässig.

### **FPÖ fordert Verbotsgesetz gegen Radikal-Islam**

Die FPÖ fordert bereits seit Jahren klare strafgesetzliche Bestimmungen gegen den politischen und radikalen Islam. Konkret soll ein Verbotsgesetz gegen den Radikalislam – wie es bereits vom ehemaligen Innenminister Herbert Kickl geplant war – ausgearbeitet werden. Damit soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um gegen radikale Moscheevereine und Islamisten schneller vorgehen zu können. Es gilt, endlich notwendige Regelungen zu schaffen, damit den bedrohlichen Auswüchsen des radikalen Islamismus und Jihadismus endgültig der Riegel vorgeschoben werden kann.

## **Kommentar Mag. Günther Kumpitsch**

(Nationalratsabgeordneter der FPÖ Steiermark)



*Der aktuelle Verfassungsschutzbericht sowie auch die Anfragebeantwortung durch Innenminister Wolfgang Peschorn bestätigen das enorme Gefahrenpotenzial, das vom islamischen Extremismus ausgeht und damit die freiheitlichen Warnungen hinsichtlich des Radikalismus in Österreich. Gerade die steirische Landeshauptstadt Graz zählt laut renommierten Islamforschern zu einem der gefährlichsten Hotspots für islamischen Fundamentalismus in Europa. In etwa der Hälfte der Grazer Moscheen soll es radikale Tendenzen geben – wegen dringendem Radikalismusverdacht stehen diese unter ständiger Beobachtung.*

*Darüber hinaus soll sich in der steirischen Hauptstadt die höchste Konzentration radikalislamischer Imame befinden, die systematisch – bereits bei Kleinkindern – fundamentalistisches Gedankengut verbreiten. Dass der politische und radikale Islam eine Dauerbedrohung für Österreich und die Grüne Mark darstellt, wurde unlängst durch die Verhaftung von zehn Jihadisten in Graz unmissverständlich aufgezeigt. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich aktuell 47 sogenannte „Gefährder“ in der Steiermark aufhalten, die problemlos einen verfassungsgefährdenden Angriff vornehmen könnten, kann das große Bedrohungspotenzial des Radikalislam nicht länger geleugnet werden.*

*Es muss dringendst verhindert werden, dass sich der politische und radikale Islam weiter in Österreich ausbreitet. Wenn Islamisten beabsichtigen, den Jihad nach Österreich zu bringen und Kämpfer für Anschläge anzuwerben bzw. zu rekrutieren, dann müssen diese mit den härtesten Strafen rechnen. Diese Kriminalität und Aggression muss sich in der Strafgesetzgebung auch klar äußern, weswegen die FPÖ konkrete strafgesetzliche Bestimmungen gegen den Radikalislam fordert. Es gilt, den gefährlichen politischen Islam endlich zu verbieten und damit die Österreicher vor islamischem Extremismus und Terrorismus zu schützen.*

# Kulturförderungsbericht 2018 zeigt ausuferndes Förderwesen auf!

Aus dem kürzlich von ÖVP-Kulturlandesrat Christopher Drexler und dem Referenten für Volkskultur Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer vorgelegten Kulturförderungsbericht 2018 geht hervor, dass die Volkskultur um insgesamt 70.000 Euro mehr erhalten hat als 2017, doch wenn man sich vor Augen führt, dass die Kultursubventionen insgesamt rund 61,7 Millionen Euro ausmachten und etwa der „steirische Herbst“ 180.000 Euro mehr erhielt, scheint diese Erhöhung verschwindend gering. So bekam der Bereich „Volkskultur“ lediglich 3,1 Millionen Euro, was einem prozentuellen Anteil an den Gesamtauf-

wendungen von gerade einmal 5,1 Prozent entspricht. Besonders bedauerlich ist, dass der „Volkskultur Steiermark GmbH“ 65.000 Euro ihres ohnehin nicht üppigen Budgets gekürzt wurden. Die freie Szene ist hingegen wieder der große Profiteur, erhielt sie doch insgesamt rund 10,4 Millionen Euro.

Anstatt den für die Steiermark prägenden und bedeutungsvollen volkulturellen Bereich stärker in den Vordergrund zu rücken und adäquat zu fördern, werden Unsummen für kulturelle Experimente, die die Steirer weder brauchen noch wahrnehmen, zur Verfügung gestellt. Aus freiheitlicher Sicht muss eine klare Umschichtung erfolgen, und zwar von den Mitteln der freien Szene hin zur identitätsstiftenden und breitenwirksamen Volkskultur, die letzten Endes unser Heimatland repräsentiert.

Besonders entlarvend für das fehlgeleitete Kulturverständnis des Volkskulturreferenten sind die Förderung des „Afrika Festivals“ des

Vereins „CHIALA“ sowie die Dotierung des „Lateinamerika Instituts Steiermark“ unter der Kategorie „Brauchtum und Heimatpflege“. Hier sollten eigentlich Projekte des steirischen Brauchtums und Trachtenwesens sowie die Förderung identitätsstiftender Initiativen im Rahmen der Heimatpflege Platz

Volkskulturreferenten darin, Besucherrekorde beim Aufsteirern zu vermelden.

Sämtliche größere Kulturträger der Steiermark werden hauptsächlich oder ausschließlich mit Steuergeld finanziert, weshalb die Freiheitlichen im Oktober 2018 die

Durchführung einer Umfrage beantragten, bei der die Wahrnehmung des steirischen Kulturangebots in der Bevölkerung abgefragt hätte werden sollen. Die Landesregierung – die dem FPÖ-Antrag zuerst positiv gegenüberstand – erteilte dem Ansinnen nun auf Anraten des Kulturkuratoriums eine Absage. Anstatt politische Verantwortung zu über-

nehmen, versteckt sich die Landesregierung hinter ihren „Experten“. Die Durchführung eines solchen Kulturmonitorings wird offensichtlich aus guten Gründen verweigert, würde so doch klar auf den Tisch kommen, dass Millionenbeträge für kulturpolitische Orchideenthemen wirkungslos verpuffen.

## Die Kulturförderungsentwicklung in Millionen Euro

### davon Volkskultur

|      |     |                    |
|------|-----|--------------------|
| 2012 | 3,9 | von insgesamt 56,8 |
| 2013 | 3,5 | von insgesamt 64   |
| 2014 | 4,2 | von insgesamt 62,6 |
| 2015 | 4,3 | von insgesamt 58,8 |
| 2016 | 3,3 | von insgesamt 60,4 |
| 2017 | 3,1 | von insgesamt 59,8 |
| 2018 | 3,2 | von insgesamt 61,7 |

finden. Es ist ein Schlag ins Gesicht für jeden traditionsbewussten Steirer, wenn Gelder statt für die steirische Brauchtums- und Heimatpflege für multikulturelle Projekte ausgeschüttet werden. Die Steiermark braucht ein klares Bekenntnis zur Volkskultur, stattdessen erschöpfen sich die Tätigkeiten des

## Die militärische und kulturelle Bedeutung des Grazer Schlossberges am Beispiel von Denkmälern

Das Kulturforum Steiermark und sein Vorsitzender Dr. Gerhard Kurzmann laden ein zur Führung mit

**Mittwoch, 02. Oktober 2019 | 14:00 Uhr**  
**Treffpunkt: Hackher-Löwe am Schlossberg**

Anmeldung bis 01. Oktober 2019 unter  
[info@kulturforum-steiermark.at](mailto:info@kulturforum-steiermark.at) oder 0316 - 877 5311

Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, dass Sie mit der Teilnahme an der Veranstaltung für Foto-, Ton- und Filmaufnahmen, die im Rahmen der Veranstaltung entstehen, Ihre Zustimmung erteilen.

**Kultur Forum**  
**Steiermark**

Ass.-Prof. Mag. Dr.  
**Reinhard Farkas**

Historiker am Institut für Geschichte der Universität Graz mit Schwerpunkt österreichischer Geschichte und steirischer Landesgeschichte, Schriftsteller und Experte für Peter Rosegger



# Der drohende Pflegenotstand muss bekämpft werden!

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass der Bedarf an gut ausgebildeten Pflegekräften in den kommenden Jahren enorm steigen wird. Dafür sind insbesondere die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft und eine sich abzeichnende Pensionierungswelle verantwortlich. Trotz dieser Notwendigkeit schafft es die schwarz-rote Landesregierung dennoch kaum, für diesen sich abzeichnenden Bedarf entsprechend Vorsorge zu treffen und eine ausreichend große Anzahl an jungen Menschen für eine Karriere im Pflegebereich zu gewinnen. Diesen Umstand musste zuletzt auch Pflegelandesrat Christopher Drexler in der Beantwortung einer FPÖ-Anfrage zur Thematik eingestehen.

## Bevölkerung erwartet sich Lösungen

Dabei steht eines fest: Sei es bei der Findung eines wohnortnahen Heimplatzes oder bei der Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen in den eigenen vier Wänden, viele Steirer spüren bereits jetzt den sich anbahnenden Pflegeengpass und erwarten sich endlich wirkungsvolle Gegenmaßnahmen. So verwundert es auch nicht, dass laut einer in der Steiermark durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts OGM mehr als die Hälfte der Befragungsteilnehmer einen Pflegenotstand befürchtet. Es liegt nun an der heimischen Politik, wie sie auf diese berechtigten Sorgen reagiert.

## Künftige Regierung muss Pflegenotstand bekämpfen

Im Gegensatz zu den Regierungen in der Vergangenheit war sich die ehemalige türkis-blaue Koalition über die Notwendigkeit zur Entwicklung von effektiven Lösungskonzepten durchwegs bewusst. So hat man im Dezember des vergangenen Jahres unter Federführung



der damaligen FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein einen „Masterplan Pflege“ beschlossen, der den Startschuss für die längst überfällige Reform des österreichischen Pflegesystems darstellen sollte. Das vorzeitige Ende der türkis-blauen Bundesregierung war daher auch insofern

bedauerlich, als die damals initiierten Maßnahmen mit der Aufkündigung der Koalition auf Eis gelegt wurden. Es liegt nun an der zukünftigen Bundesregierung, dieses heiße Eisen schnellstmöglich wieder in Angriff zu nehmen, um dem Pflegenotstand endlich nachhaltig zu begegnen.

# FPÖ beantragt Tempo-140-Teststrecken auf steirischen Autobahnen!



Auf Initiative des ehemaligen FPÖ-Bundesministers Norbert Hofer startete am 1. August 2018 auf zwei Abschnitten der A1 West Autobahn ein Pilotprojekt, bei dem die erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf 140 km/h erhöht wurde. Nach einer einjährigen Testphase wurde das Projekt einer Evaluierung unabhängiger Gutachter unterzogen, die zu „teilweise sehr positiven“ Ergebnissen kamen. An den Messstationen nahmen die höheren Geschwindigkeiten keinen Einfluss auf die Luftqualität, wie etwa Änderungen bei der Feinstaubbelastung oder der Überschreitung sonstiger Grenzwerte. Die Umweltbelastung sei nicht gestiegen und die Zahl der Unfälle sogar gesunken. Aufgrund der positiven Ergebnisse fordern die Freiheitlichen ein Umdenken der politischen Verantwortungsträger in der Steiermark.

Angesichts dessen, dass die Steiermark mit rund einem Fünftel einen beträchtlichen Anteil am österreichischen Autobahnnetz aufweist, ist davon auszugehen, dass es auch in der grünen Mark geeignete Teilabschnitte auf der A9 Phyrn Autobahn und A2 Süd Autobahn gibt, bei denen eine Höchstgeschwindigkeit von 140 km/h getestet werden könnte. Die vorliegenden

Gutachten zum „Pilotprojekt Tempo 140“ sehen die Freiheitlichen als deutlichen Beleg dafür, dass die teils abstruse Angstmaße im Vorfeld der Tempoerhöhung völlig unbegründet war.

Die Unfallzahlen haben sich verringert und die Bedenken bezüglich der Umweltbelastung konnten ausgeräumt werden. Vielmehr können auf diese Weise Wegzeiten verkürzt und der Straßenverkehr flüssiger werden, was einen enormen Vorteil insbesondere für heimische Pendler darstellt. Die schwarz-rote Landesregierung ist nun jedenfalls angehalten, ihre bisherige ablehnende Haltung zu überdenken.



Verkehrsminister a.D.  
Ing. Norbert Hofer

# Generelles R das Ende der W



Das gegen die Stimmen der FPÖ im Parlament beschlossene generelle Rauchverbot stellt die heimische Gastronomie zum wiederholten Mal vor eine gewaltige Belastungsprobe. Musste die österreichische Gastwirtschaft bereits vor Jahren für die Trennung in Nichtraucher- und Raucherzone sowie für die Einführung der gesetzlichen Registrierkassenpflicht tief in die Tasche greifen, wird nun die rauchende Kundschaft ab 1. November durch besagtes Gesetz vor die Tür gesetzt. Dadurch ist mit massiven Einbußen zu rechnen. Wieder einmal wird den Österreichern ein Stück Freiheit und Kultur genommen, gleichzeitig der Wirtschaft geschadet und tausende Arbeitsplätze vernichtet.

Dabei wurde durch die Etablierung einer partiellen Raucherlaubnis von der türkisblauen Regierung im Sinne einer Wahlfreiheit eine passable Lösung gefunden. Jugendschutzbestimmungen wurden verschärft und der Nichtrauchererschutz deutlich verbessert. Warum sich die einstmals wirtschaftsaffine ÖVP an der „Anti-Wirte-Koalition“ von SPÖ, Neos und Liste Jetzt beteiligt ist für die Freiheitlichen mehr als unverständlich, muss ihr doch bewusst sein, dass ein generelles Rauchverbot das

# auchverbot: rtshauskultur



Schicksal tausender Wirtshäuser besiegelt. Zudem ist mit einem massiven Anstieg an Anrainerbeschwerden zu rechnen, weil Gäste gezwungen sind, vor den Lokalen zu rauchen. Daraus resultiert logischerweise ein Zuwachs an Lärm- und Geruchsbelästigung. Gesetzlich verantwortlich und haftbar für die daraus erwachsende Anzeigenflut sind derzeit rechtlich die Wirte – ein Missstand, der dringend behoben werden muss.

Die FPÖ hat es sich jedenfalls zum Ziel gesetzt, den Gastronomen das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Die Aufhebung des generellen Rauchverbotes steht dabei im Fokus. Zumindest müssen aber Ausnah-

**Zitat Norbert Hofer (Puls 4, die Wahllarena 25.8.2019):**

**„Die Asfinag wird auch nicht bestraft, wenn jemand zu schnell fährt.“**

meregelungen für Nachtlokale, Kirtage und Feuerwehrtaste gefunden werden. Ebenso muss die Haftungsfrage

für Wirte eine Änderung erfahren. Es kann doch nicht sein, dass ein Gastwirt für seine Kundschaft haftet, wenn diese aufgrund gesetzlicher Verbote zum Rauchen das Lokal verlassen muss. Diesbezüglich ist eine Änderung des Gewerbebereichs das Gebot der Stunde.

## Kinderferienlager am Packer Stausee war wieder ein voller Erfolg!



Foto vom Ferienlager mit den freiheitlichen Funktionären sowie Klubobmann Mario Kunasek, dem gf. Klubobmann Stefan Hermann und dem Kunibären.

Aufgrund des großen Erfolgs im letzten Jahr veranstaltete der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) bereits zum zweiten Mal ein Kinderferienlager in der Steiermark. Bei bestem Wetter verbrachten die teilnehmenden Kinder im Alter von sechs bis dreizehn Jahren eine erlebnisreiche Woche am Packer Stausee. Neben zahlreichen sportlichen Aktivitäten wie Schwimmen, Bootfahren, Slacklinen, Klettern und Seilrutschen standen auch Basteln und Natur erkunden am Programm. Lagerfeuer mit Steckerlbrot und Grillen sowie eine Übernachtung im Zelt sorgten zusätzlich für Begeisterung unter den Teilnehmern. Organisiert wurde das Ferienlager vom RFJ Steiermark, als Betreuerinnen waren die beiden Landtagsabgeordneten Liane Moitzl und Hedwig Staller, die heuer auch die Lagerleitung übernahm, vor Ort.

Als weiterer Betreuer mit dabei war der Murtaler RFJ-Bezirksobmann Thomas Maier,

der als einer von vier Rettungsschwimmern für die Sicherheit der Kinder sorgte.

Klubobmann LABg. Mario Kunasek und der geschäftsführende Klubobmann LABg. Stefan Hermann besuchten gemeinsam mit dem Kunibären ebenfalls das Kinderferienlager und konnten mit einer Kühltruhe voller Eis bei den Kindern punkten.

Die Kinder hatten im Ferienlager sichtlich Spaß, aber auch der Lerneffekt kam nicht zu kurz. So lernten sie die Natur kennen sowie soziales Verhalten in einer Gruppe. Die Handys der Kinder blieben, wie schon im vergangenen Jahr, zuhause. Ein abwechslungsreiches Programm sorgte außerdem dafür, dass bei den Kindern der Wunsch nach einem elektronischen Spielzeug gar nicht erst aufkam. Alles in allem war auch das diesjährige Ferienlager ein voller Erfolg – einer Neuauflage im kommenden Jahr sieht man bereits freudig entgegen.



Hannes Amesbauer & Mario Kunasek

# Unsere Kraft für die Steiermark

Weiterarbeiten für unsere Heimat.



[www.fpoe-stmk.at](http://www.fpoe-stmk.at)